



---

# Die Fraktion stellt sich vor

---

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

**DIE LINKE. Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft**

**Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg**

**Telefon 040 / 42831 22 50**

**Telefax 040 / 42831 22 55**

**info@linksfraktion-hamburg.de**

**www.linksfraktion-hamburg.de**

V.i.S.d.P.: Christiane Schneider  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

Redaktion: Martin Bialluch, Ulf Schönert  
Fotografie und Gestaltung: Karin Desmarowitz  
Druck: www.drucktechnik-altona.de

Erscheinungsdatum: April 2012  
Auflage: 8.000



## **Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,**

2008 ist DIE LINKE erstmals für einen Politikwechsel in Hamburg zur Wahl angetreten. Mit dem Einzug unserer acht Abgeordneten in die Bürgerschaft haben wir die politische Landschaft verändert, mit der Wiederwahl 2011 haben viele HamburgerInnen unserer Arbeit das Vertrauen ausgesprochen.

Für DIE LINKE ist Opposition keine schmerzhaft Abwesenheit von den Regierungsbänken, sondern eine verantwortungsvolle Aufgabe, die wir konsequent und konstruktiv ausüben. Vorbei sind die Zeiten, in denen in der Bürgerschaft einstimmig Entscheidungen gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit getroffen wurden, wie etwa beim Bau der Elbphilharmonie.

Uns geht es darum, die Lebensumstände für die Mehrheit der Menschen zu verbessern. Dazu gehört es, Missstände offenzulegen und immer wieder Alternativen zur herrschenden Politik aufzuzeigen. Wir wollen zeigen, dass ein Politikwechsel für ein soziales, ökologisches und solidarisches Hamburg möglich ist. Soziale Gerechtigkeit – der Einsatz für die Interessen der sozial Benachteiligten und Ausgegrenzten überall in der Gesellschaft – zieht sich dabei als roter Faden durch all unsere Aktivitäten.

Wir setzen uns gerne für Sie ein – rufen Sie uns an, kommen Sie in unsere Büros, besuchen Sie unsere Internet-Seiten oder schicken Sie uns eine Mail.

**Ihre Abgeordneten der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft**



Abgeordnetenbüro  
Buceriusstraße 2, 20095 Hamburg  
Telefon: 040 / 18 12 18 00  
Mobil: 0170 / 540 54 39  
kersten.artus@linksfraktion-hamburg.de  
<http://about.me/kartus>

Mitarbeiterinnen: Berit Köhler  
berit.koehler@linksfraktion-hamburg.de  
Tanja Chawla  
tanja.chawla@linksfraktion-hamburg.de

### Mitglied in den Ausschüssen:

Wirtschaft, Innovation und Medien •  
Gesundheit • Eingaben • Härtefall-  
kommission • Justiz, Datenschutz  
und Gleichstellung (Stellv.)

Ich wurde 1964 in Bremen geboren, bin verheiratet, habe zwei Kinder und arbeite als Journalistin in einer Zeitschriftenredaktion. Seit über zwei Jahrzehnten bin ich Betriebsrätin, Konzernbetriebsratsvorsitzende und habe einen Europäischen Betriebsrat ausgehandelt und gegründet. Seit meinem 18. Lebensjahr bin ich in der Gewerkschaft. Ich war Mitglied der DKP, der PDS, der WASG und bin seit 2007 in der LINKEN. Seit Mitte der neunziger Jahre bewege ich mich online. Das Internet und die sozialen Netze sehe ich als große Chance, gesellschaftliche Hierarchien abzubauen. Ich liebe lange Spaziergänge, meine Katze, gute Krimis und mache gern Urlaub am Meer.

**G**esund leben bis ins hohe Alter – das wünschen sich alle Menschen. Doch Gesundheit wird immer mehr zur Ware: Und wenn Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen privatisiert werden, zählen vor allem betriebswirtschaftliche Kennzahlen und Profite. Steuergelder in Millionenhöhe werden den Klinikkonzernen in den Rachen geworfen, anstatt sie sinnvoll für die gesundheitliche Versorgung einzusetzen. Gesundheitsberufe werden schlecht bezahlt, der Pflege-notstand greift um sich. Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus – deswegen setzt sich unsere Fraktion für ein solidarisches, gemeinnütziges Gesundheitswesen, für angemessene Gehälter in der Pflege und eine kostenlose Ausbildung ein. Gerechtigkeit bedeutet auch, dass Frauen wirtschaftlich unabhängig sind. Die Wirklichkeit sieht leider oft anders aus: Bei Niedriglöhnen stehen Frauen an der traurigen Spitze, trotz besserer Schulabschlüsse verdienen sie ein Viertel weniger als Männer. Alleinerziehende tragen das höchste Armutsrisiko. Die größte Gesundheitsgefährdung für Frauen ist häusliche Gewalt: Väter, Partner, Brüder üben oft jahrelang körperliche und psychische Macht aus. Die Linksfraktion fordert verbindliche Gleichstellungsgesetze; Quoten, solange sie nötig sind, die vernünftige Ausstattung der Frauenhäuser und eine Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Interessen im Landeshaushalt – das so genannte Gender Budgeting. Der Internationale Frauentag am 8. März soll in Hamburg ein gesetzlicher Feiertag werden. Wir wollen damit darauf aufmerksam machen, wie groß die Defizite in der Gleichberechtigung noch immer sind und all jener gedenken, die – vor allem im 20. Jahrhundert – für Frauenrechte gestritten haben.



BürgerInnenbüro  
Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg  
Telefon: 040 / 28 57 69 10  
tim.golke@linksfraktion-hamburg.de  
www.tim-golke.de

Mitarbeiter: Michael Joho  
michael.joho@linksfraktion-hamburg.de  
Norbert Weber  
norbert.weber@linksfraktion-hamburg.de

**Mitglied in den Ausschüssen:  
Verfassung und Bezirke • Soziales,  
Arbeit und Integration (Stellv.)**

Geboren wurde ich 1982 in Bremen, und dort habe ich bis zum Abitur 2001 gewohnt. Nach Hamburg kam ich durchs Studieren: zunächst Stadtplanung in Harburg, dann Rechtswissenschaften in Kiel und Hamburg. Neben dem Studium habe ich diverse Jobs gemacht: Kinomitarbeiter, studentische Hilfskraft, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Berater und Beratertrainer im Arbeits- und Sozialrecht für den DGB. Politisch mobilisiert haben mich die immer wahnwitzigeren Sparrunden im Bremer Bildungssystem der 1990er Jahre. Dort war ich Schulsprecher, später auch Präsident des Studierendenparlaments der Technischen Universität Hamburg-Harburg. 2004-2005 war ich Mitglied der SPD, seit 2009 bin ich Mitglied der LINKEN.

**H**amburg ist die reichste Stadt Deutschlands und dennoch sozial tief gespalten: Die Kinder- und Altersarmut steigt, und bei den Schwächsten wird seit Jahren stets am konsequentesten gespart. Dabei verteilen sich Armut und Reichtum nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet, sondern finden sich mehr oder weniger konzentriert in sozial voneinander abgeschotteten Stadtteilen.

Die wesentlichen sozialen Probleme Hamburgs der letzten Jahre kulminieren im Bezirk Hamburg-Mitte und in meinem Wahlkreis 1. Verdrängung durch so genannte Gentrifizierung gehört dort ebenso zur Realität der Menschen wie die so genannte Aufwertung von Wohnungen und die Verdrängung von Mietern, zum Teil sogar durch Wohnungsbaugenossenschaften. Die Vertreibung von Menschen, die anders leben wollen oder nicht in das blankgeputzte Konzept der touristisch aufgehübschten Stadt passen, gehört ebenso dazu.

Hamburgs Arbeitsmarktpolitik liegt am Boden. Wichtige Stadtteil-Projekte, die in erster Linie durch die Arbeit von Ein-Euro-Jobbern getragen wurden, waren das erste Opfer der Sparrunden des Scholz-Senates und des Sozialsenators Detlef Scheele. Die Folgen dieser unangemessenen Sparpolitik wurden nur notdürftig geflickt. Fahrlässig ließ der Hamburger Senat zudem mehrere Millionen Euro an Arbeitsmarktmitteln einfach verfallen. Hier ist dringend ein Umsteuern geboten. Außerdem müssen Modelle für einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt geprüft und erprobt werden.

Wir möchten den Einfluss von BürgerInnen auf politische Entscheidungen stärken. Deshalb müssen auch die Ergebnisse eines bezirklichen Bürgerentscheids Bestand haben. Das Evokationsrecht des Senats muss abgeschafft werden.





**Mitglied in den Ausschüssen:  
Haushalt • Kultur • Untersuchungs-  
ausschuss Elbphilharmonie**

Ich bin 1955 als Sohn eines Werftarbeiters in Hamburg-Neuenfelde geboren, in Hamburg-Neuwiedenthal und am Berliner Tor zur Schule gegangen, habe in Eimsbüttel studiert und in Harburg gearbeitet. Ich bin Vater von zwei Kindern, lebe seit etlichen Jahren im Schanzenviertel und arbeite in einem großen Hamburger Verlag.

Seit früher Jugend bin ich in der Schülerbewegung, Gewerkschaften, Anti-Atomkraft-, Friedens- und Häuserbewegung aktiv gewesen. 1993 wurde ich GAL-Bürgerschaftsabgeordneter. Die GAL verlor ihre sozialen Ideen, vertrat Privatisierungen und unterstützte den Kriegseinsatz im Kosovo. Daher trat ich mit anderen zusammen aus und gründete „Regenbogen – für eine neue Linke“. Seit 2007 bin ich in der LINKEN aktiv.

Abgeordnetenbüro  
Buceriusstraße 2, 20095 Hamburg  
Telefon: 040 / 32 31 03 60  
norbert.hackbusch@linksfraktion-hamburg.de

Mitarbeiterin: Siri Keil  
siri.keil@linksfraktion-hamburg.de

**D**ie öffentlichen Finanzen Hamburgs sind in einem desaströsen Zustand. Die Stadt ächzt unter einem Schuldenberg, der durch die Finanzkrise und die skrupellosen Steuersenkungen der Bundesregierungen immer schneller angestiegen ist. Die Alternative der LINKEN ist ein Mix aus Verbesserung der Einnahmen, öffentlichen Investitionen in unterfinanzierte Bereiche und einer verantwortungsvollen Haushaltskonsolidierung.

Der Senat aber spart blind, und betroffen ist auch die Kultur: Viele Kultureinrichtungen sind seit langem strukturell unterfinanziert: Sonderausstellungen werden zu einem seltenen Luxus. Stadteilkultur, Geschichtswerkstätten, Theater, Bibliotheken und die freie Kunst- und Theaterszene müssen ihre Aktivitäten einschränken oder sind in ihrer Existenz bedroht. Damit muss Schluss sein: Hamburgs Kultur muss gesichert und ausgebaut werden. Dazu gehören Gruppen wie „Komm in die Gänge“, die das Gängeviertel vor dem Verfall und Abriss bewahrt hat. Die Linksfraktion hat die Forderungen der Initiative von Anfang an unterstützt und wird dies weiter tun.

Während bei der Kultur gespart wird, wird das Geld der HamburgerInnen woanders mit vollen Händen aus dem Fenster geworfen: Hunderte Millionen Euro kostet bislang die Elbphilharmonie, der wir als einzige Partei nicht zugestimmt haben, und ich engagiere mich im Untersuchungsausschuss für die Aufklärung der Ursachen.

Der Hamburger Hafen muss öffentlich bleiben, weil er wichtig für die gesamte Region ist und nur so annehmbare Arbeitsbedingungen gesichert werden können. Die Hafententwicklung muss zudem stärker auf die Umwelt Rücksicht nehmen.



**Mitglied in den Ausschüssen:**  
**Schule • Wissenschaft • Umwelt •  
Öffentliche Unternehmen**

Ich wurde 1949 auf Fehmarn geboren, habe drei Kinder und arbeite als Lehrerin für Biologie und Chemie an einer Schule im Norden Hamburgs. 1999 bin ich nach 28-jähriger Mitgliedschaft aus der SPD ausgetreten und wegen der unsozialen Auswirkungen der „Agenda 2010“ in die WASG eingetreten und habe die Partei DIE LINKE 2007 mitbegründet. Ich unterstütze durch meine Mitgliedschaft die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), den Botanischen Verein Hamburg und den Sozialverband Deutschland (SoVD). Meine Arbeit als Lehrerin und mein Hobby Keramik sorgen dafür, dass ich die Bodenhaftung nicht verliere und ich die Politik aus verschiedenen Perspektiven wahrnehme.

Fraktionsbüro im Rathaus  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
Telefon: 040 / 42831 22 50  
dora.heyenn@linksfraktion-hamburg.de  
Mitarbeiter: Ewert Kaleveld  
dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de  
Abgeordnetenbüro  
Wandsbeker Chaussee 286, 22089 Hamburg  
Telefon: 040 / 31 81 29 08  
Mitarbeiterin: Svenja Spohr  
svenja.spohr@linksfraktion-hamburg.de

**V**on sozialer Gerechtigkeit sind wir in Hamburg auch in der Bildungspolitik meilenweit entfernt: Noch immer haben Akademikerkinder bei gleicher Leistung eine fast fünf Mal größere Chance, das Abitur zu machen, als Kinder von Nichtakademikern. Vor allem Jungen mit Migrationshintergrund bekommen nach der Schule oft keinen Ausbildungsplatz. DIE LINKE setzt sich für Bildungsgerechtigkeit und deshalb für eine ungegliederte gerechte Schule ein und dafür, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen.

Gerechter muss es auch an den Universitäten und Hochschulen zugehen: Wissenschaft und Lehre müssen demokratisch organisiert werden, ein Studium muss unabhängig vom Elternhaus möglich sein. Die Gebühren für die Studierenden gehören abgeschafft. Die wegfallenden Einnahmen müssen kompensiert werden, so dass die Hochschulen ausreichend finanziert sind. Die jahrelange Sparpolitik hat dazu geführt, dass nicht genug in den Erhalt der Gebäude investiert wurde und sich die Studienbedingungen weiter verschlechtert haben. Unter der SPD-Regierung hat sich die Unterfinanzierung noch weiter verschärft, der Investitionsstau wird nur zögerlich beseitigt.

Nach dem Super-GAU in Fukushima ist der Ausstieg aus der Atom-Energie beschlossen worden. Aber erst wenn die Abhängigkeit von den großen Strom-Konzernen beendet wird, werden wir wirklich von einer Energiewende sprechen können. Die Energieversorgung muss wieder demokratisch kontrolliert von der öffentlichen Hand übernommen werden. Die Rekommunalisierung der Strom-, Gas und Fernwärmenetze ist ein wichtiger Schritt dahin. DIE LINKE setzt sich auf allen Ebenen für eine bürgernahe und funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge ein.



**Mitglied im Ausschuss:  
Soziales, Arbeit und Integration**

Als Kind einer kurdischen Familie wurde ich 1988 in Hamburg geboren und lebe seitdem hier. Seit 2005 engagiere ich mich in der Frauenarbeit. Ich war in einem kurdischen Frauenverein aktiv, der sich u.a. gegen Ehrenmorde, Brautgeld und Zwangsverheiratungen engagiert. Weiterhin war ich in St. Pauli als Honorarkraft im offenen Kinder- und Jugendbereich tätig. 2009 habe ich mein Abitur an einem Wirtschaftsgymnasium gemacht, inzwischen studiere ich Kulturanthropologie und Politikwissenschaften. Seit 2009 bin ich Mitglied der Partei DIE LINKE in Altona. 2011 wurde ich als Abgeordnete in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt.

Abgeordnetenbüro

Buceriusstraße 2, 20095 Hamburg

Telefon: 040 / 38 63 85 83

[cansu.oezdemir@linksfraktion-hamburg.de](mailto:cansu.oezdemir@linksfraktion-hamburg.de)

Mitarbeiterin: Agnes von Alvensleben

[agnes.von.alvensleben@linksfraktion-hamburg.de](mailto:agnes.von.alvensleben@linksfraktion-hamburg.de)

**A**nstatt von Integration sprechen wir eigentlich lieber von Partizipation (Beteiligung, Mitbestimmung). Denn mit Integration ist die Vorstellung verbunden, es gebe eine unveränderliche Gesellschaft, an die sich von außen kommende Menschen anpassen müssten. Gesellschaft verändert sich jedoch ständig und dazu gehört die Mitwirkung aller Menschen.

Knapp 30 Prozent aller EinwohnerInnen Hamburgs haben einen Migrationshintergrund, bei Kindern sind es bereits fast 50 Prozent. Der Vergleich des Hamburger „Handlungskonzepts zur Integration von Zuwanderern“ mit anderen Integrationskonzepten zeigt, dass Hamburg auf diesem Gebiet dringenden Nachholbedarf hat. Denn Partizipation ist mitentscheidend dafür, ob der Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt wird oder ob sie sich zunehmend spaltet. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine interkulturelle Öffnung in allen gesellschaftlichen Bereichen ein.

Die Obdachlosigkeit eskaliert: Über 1000 Menschen leben auf der Straße, mehr als 2700 in öffentlicher Unterbringung. Es fehlt ein den Bedürfnissen der Betroffenen entsprechendes Angebot an menschenwürdigen Notunterkünften. Wir brauchen ein Gesamtkonzept für bezahlbaren Wohnraum, denn die Winternotprogramme sind teurer als die reguläre Unterbringung. DIE LINKE unterstützt zudem die Selbstorganisation der Betroffenen wie das Straßenmagazin Hinz & Kunzt.

Chancengerechtigkeit und freie Persönlichkeitsentfaltung müssen auch für Menschen mit Behinderungen in Hamburg zu einer Selbstverständlichkeit werden. DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Behindertenbewegung nach Selbstbestimmung und umfassender Teilhabe. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Hamburg muss über einen Landesaktionsplan erfolgen.



**Mitglied in den Ausschüssen:**  
**Inneres • Justiz, Datenschutz und Gleichstellung • Europa • Eingaben (Stellv.)**

Geboren 1948 in Hamburg, Kindheit, Schule und Abitur im Rheinland. Diverse Tätigkeiten in Redaktionen und Verlagen. Seit Mitte der Achtziger lebe ich in Hamburg, wo ich als Redakteurin und Schriftsetzerin in einem kleinen linken Verlag arbeitete. Politisch mobilisiert wurde ich durch die 68er-Bewegung. 1992 trat ich der PDS bei, war lange Landessprecherin und 2007 Gründungsmitglied der LINKEN. Seit 2008 bringt DIE LINKE frischen Wind in die Hamburgische Bürgerschaft – wir haben als kleine, aber konsequente Opposition einiges erreicht, geben uns aber nicht damit zufrieden: Soziale und politische Rechte für alle, interkulturelle Verständigung und die friedliche Lösung von Konflikten bleiben die Ziele, für die wir kämpfen.

Fraktionsbüro  
Buceriusstraße 2, 20095 Hamburg  
Telefon: 040 / 42831 2386  
Mobil: 0160 / 944 74 677  
christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de

Mitarbeiter: Bela Rogalla  
bela.rogalla@linksfraktion-hamburg.de

Abgeordnetenbüro  
Julius-Ludowieg-Str. 25, 21073 Hamburg

**S**eit Jahren erleben wir im Namen einer vermeintlichen Sicherheit den Abbau von Grundrechten auf Bundes- und Landesebene. Eine solidarische Gesellschaft aber setzt selbstbewusste Menschen voraus, die frei miteinander kommunizieren und kooperieren, die aktiv am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess teilnehmen und ihre Rechte wahrnehmen können.

Deshalb setzen wir uns für die Verteidigung und Stärkung der Grund- und Bürgerrechte ein. In der Auseinandersetzung um das Recht auf Versammlungsfreiheit ebenso wie in der Auseinandersetzung um die Polizeigesetze. Wir widersetzen uns der zunehmenden Überwachung, der kaum gebremsten Datensammelwut und der Ausweitung geheimer Ermittlungsmethoden der Polizei. Wir wollen die individuelle Kennzeichnungspflicht aller Polizeibeamten und eine unabhängige Kontrolle der Polizei.

Menschen ohne Lobby können auf uns zählen. Die Menschenwürde ist unantastbar, das gilt für alle. Das gilt für Flüchtlinge, denen eine Flüchtlingspolitik, die sich als Abschiebepolitik versteht, das Leben so schwer wie möglich macht. Wir finden uns nicht ab mit inhumaner Unterbringung, mit Abschiebehäft und rigoroser Abschiebung, mit der Missachtung der Rechte minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge. Menschen, die Zuflucht vor Verfolgung und Not suchen, benötigen eine sichere Aufenthaltsperspektive. Dafür setzen wir uns ein.

Das gilt auch für Gefangene. Gefangene sind ihrer Freiheit beraubt, aber ihnen dürfen nicht die Menschenrechte genommen werden. Die erfolgreiche Wiedereingliederung von Gefangenen in die Gesellschaft ist der beste Schutz vor weiteren Straftaten. In diesem Sinne halten wir an dem Ziel einer Reform des Strafvollzugs fest.





### Mitglied in den Ausschüssen: Stadtentwicklung • Verkehr

Geboren 1962, ausgebildete Verwaltungsfachfrau und Stadtplanerin, aktive Gewerkschafterin, seit 2010 Personalratsvorsitzende.

Meine politischen Anfänge liegen in den Achtzigern, als ich in Fuhsbüttel eine Verkehrsinitiative mitbegründete und als deren Sprecherin fungierte. 1993 bin ich, zunächst als Parteilose, für die GAL in die Bürgerschaft eingezogen. Nach zweijähriger Mitgliedschaft habe ich 1999 die Grünen wegen deren Zustimmung zum Kosovo-Krieg verlassen und als Regenbogen-Abgeordnete im Parlament bis zur Wahl 2001 weitergemacht. 2008 benannte mich DIE LINKE als Deputierte für Stadtentwicklung und Umwelt, 2011 wurde ich als parteiloses Mitglied auf der Liste der LINKEN in die Bürgerschaft gewählt.

#### Abgeordnetenbüro

Buceriusstraße 2, 20095 Hamburg  
Telefon: 040 / 42831 22 50  
heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de

Mitarbeiter: Michael Joho  
michael.joho@linksfraktion-hamburg.de

**V**erkehr(t) in Hamburg: Allen Umweltdebatten zum Trotz ist der alte Autoslogan „Freie Fahrt für freie Bürger“ immer noch Maßstab für die Verkehrspolitik. Der achtspurige Ausbau von Teilstücken der Autobahnen A7 und A1, die Hafenuferspanne, die Verlegung und der autobahnähnliche Ausbau der Wilhelmsburger Reichsstraße sind nur ein paar Beispiele hierfür. Ein vergleichbares Engagement für große Projekte im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) fehlt. Die Stadtbahn wurde von der SPD auf Eis gelegt, das Busbeschleunigungsprogramm des Senats ist halbherzig. Weder beinhaltet es notwendige Verbesserungen in allen Bezirken, noch sorgt es für eine vorrangige Berücksichtigung jahrzehntelang abgehängter Stadtteile wie Steilshoop und Osdorfer Born. Mit den jährlichen Preissteigerungen wird der ÖPNV auch nicht attraktiver.

Die größte Herausforderung in der Stadtentwicklung ist die Schaffung von vielen preisgünstigen Wohnungen. Fast die Hälfte aller Haushalte in Hamburg hat Anspruch auf eine Sozialwohnung. Diesen rund 400.000 Haushalten steht jedoch nur ein Angebot von knapp 100.000 Sozialwohnungen gegenüber. 6.000 Wohnungen sollen in Hamburg jährlich neu gebaut werden, statt der vom Senat geplanten 1.200 Sozialwohnungen muss mindestens die Hälfte der Neubauten im klassischen 1. Förderweg des Sozialwohnungsbaus entstehen. Und das bitte schön auch in den reichen Stadtteilen.

Wohnen ist nicht nur ein Grundbedürfnis der Menschen, sondern auch ein soziales Grundrecht. Die Menschen müssen geschützt werden vor rasant steigenden Mieten, vor Verdrängung aus ihren angestammten Stadtteilen.

Eine soziale und solidarische Stadt verstärkt nicht das Gefälle zwischen Arm und Reich. Sie nimmt die BürgerInnen ernst und schafft Beteiligungsstrukturen, die auch nicht im Nachhinein vom Senat ausgehebelt werden können.



Abgeordnetenbüro  
Buceriusstraße 2, 20095 Hamburg  
Telefon: 040 / 73 44 60 53  
mehmet.yildiz@linksfraktion-hamburg.de

Mitarbeiter: Yasar Aydin  
mehmet.yildiz.ma2@linksfraktion-hamburg.de  
Özgür Yildiz  
oezguer.yildiz@linksfraktion-hamburg.de

**Mitglied in den Ausschüssen:  
Familie, Kinder und Jugend • Sport**

Ich wurde 1977 in der Türkei (Kayseri) geboren, habe zwei Kinder und bin gelernter Elektroinstallateur. Schon als Jugendlicher war ich in der SchülerInnenkammer aktiv. Seit 1991 bin ich Mitglied der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine (DIDF) und seit 1994 aktives Gewerkschaftsmitglied (IG Metall, IG Bau, DGB). Seit meiner Jugend engagiere ich mich für soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden und für eine offene Gesellschaft ohne Rassismus und Ausgrenzung. 2008 bin ich in die Partei DIE LINKE eingetreten, um mich noch stärker für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Diskriminierung, Armut und Gewalt einzusetzen. Meine Kinder und meine Hobbys Fotografie und Sport sorgen dafür, dass ich bei all dem politischen Engagement im Gleichgewicht bleibe.

**H**amburg braucht eine soziale Familienpolitik. Noch immer werden sozial benachteiligte Familien durch Kita-Gebühren unverhältnismäßig belastet. DIE LINKE setzt sich für eine Familienpolitik ein, die Familien mit Kindern unterstützt, finanziell entlastet und die Rechte der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt.

Jahrelang wurde in Hamburg die Bedeutung der vorschulischen Bildung unterschätzt. Der notwendige Ausbau und die Qualitätssicherung in Kindertagesstätten wurden vernachlässigt, obwohl in diesem Bereich der Grundstein für den späteren Bildungserfolg und für eine gerechte und solidarische Zukunft gelegt wird. Bereits in der frühkindlichen Bildung muss es gerecht zugehen: Alle Kinder sollen einen Anspruch auf einen kostenfreien und ganztägigen Krippen-, Kita- und Hortplatz haben. Alle Kinder sollen die gleichen Rechte und Chancen haben – unabhängig von den finanziellen Mitteln und dem Aufenthaltsstatus der Eltern. Die offene Kinder- und Jugendarbeit muss ausgeweitet werden.

Knapp 30 Prozent der HamburgerInnen haben einen Migrationshintergrund. DIE LINKE setzt sich für eine menschliche Migrationspolitik ein, die auf Ausgrenzung verzichtet, die Rechte von Einwanderern stärkt und ihre soziale Lage verbessert. Dazu gehört das Wahlrecht auf Landesebene für Drittstaatenangehörige (Nicht-EU-Bürger), eine gezielte Antidiskriminierungsarbeit auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, ein vereinfachtes und transparentes Einbürgerungsverfahren, die doppelte Staatsbürgerschaft und die Abschaffung des Optionszwangs.

DIE LINKE setzt auf Breitensport statt auf den Leistungs- und Spitzensport. Damit alle HamburgerInnen Sport treiben können, müssen Hallen, Plätze und Schwimmbäder instand gehalten werden, statt das Geld in Großveranstaltungen zu stecken, die der Stadt und ihren Sporttreibenden wenig bringen.

**DIE LINKE. Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
Telefon 040 / 42831 22 50  
Telefax 040 / 42831 22 55  
info@linksfraktion-hamburg.de  
www.linksfraktion-hamburg.de**